



Makro Research
26. September 2017

Katalanische Separationsbestrebungen in Spanien. Woran entzündet sich der Streit?

Die katalanische Regionalregierung will gegen den Willen der spanischen Regierung am 1. Oktober 2017 ein Unabhängigkeitsreferendum abhalten. Der Streit der Katalanen mit der spanischen Regierung schwelt schon seit langer Zeit. Unter dem Franco-Regime wurde die katalanische Kultur bis hin zum Gebrauch der katalanischen Sprache unterdrückt. Nach dem Ende des Regimes gab es massenhafte Demonstrationen für eine katalanische Autonomie, die mit dem Autonomiestatut von 1979 ein Ende fanden. Eine schon beschlossene Reform des katalanischen Autonomiestatuts wurde 2010 im nachhinein von der heute regierenden Partido Popular unter dem damaligen Oppositionsführer Rajoy verhindert. Seither gärt es im Verhältnis zwischen Madrid und Barcelona.

Verhärtete Fronten

Am 20. September beschlagnahmte die – in Katalonien ohnehin verhasste – Polizei „Guardia Civil“ rund 10 Millionen Stimmzettel und verhaftete etwa ein Dutzend Angestellte der katalanischen Regierung, die an der Vorbereitung des Referendums beteiligt waren. Damit ließ die spanische Regierung den Konflikt mit den Befürwortern einer Unabhängigkeit Kataloniens eskalieren. Die Regierung in Madrid will das Referendum verhindern, wenngleich sie bislang vor einer weiteren Eskalation, beispielsweise der Entlassung der katalanischen Regionalregierung, zurückscheut. Auch die andere Seite – die katalanische Regionalregierung – bleibt auf Konfrontationskurs. Nach deren Willen soll das Referendum wie geplant am 1. Oktober stattfinden. Dabei hätte die spanische Regierung die Abhaltung des Referendums durchaus dulden können, denn die politische Stimmungslage ist bei weitem nicht so eindeutig, wie es oftmals dargestellt wird: In den Umfragen der letzten Monate bekräftigten zwar rund 70 % der Befragten, am Referendum teilnehmen zu wollen. Doch für die Unabhängigkeit wollten höchstens 47 % stimmen. Damit läge die Zustimmung für die Unabhängigkeit bei gerade einmal rund 33 % der katalanischen Bevölkerung. Mit der jüngsten Aktion der spanischen Regierung könnte dieser Anteil aus Protest und Wut jedoch steigen.

Bisherige Aufgabenteilung

Im Vergleich zu den deutschen Bundesländern gesteht das katalanische Autonomiestatut der Region deutlich mehr Rechte zu. Die Katalanen besitzen eine regionale Gerichtsbarkeit und eine eigene Polizei. Sie bestimmen u.a. über die Landwirtschaft und Fischerei, Soziales und Gesundheit und die Förderung von Kultur, Sport und Tourismus. Größte Streitpunkte im aktuellen Konflikt sind die Finanzhoheit und die Frage, ob der Begriff „Nation“ auf die Katalanen Anwendung finden darf. So argumentieren die Autonomiebefürworter, dass Katalonien – mit einem Anteil von 19 % am spanischen Bruttoinlandsprodukt immerhin die wirtschaftsstärkste Region Spaniens – zuviel für den Gesamtstaat zu zahlen habe: angefangen von den Steuereinnahmen bis hin zu den Sozialabgaben. Zumindest in den finanziellen Fragen sollte sich aber aus unserer Sicht ein Kompromiss erzielen lassen.

Keiner kann gewinnen

Im Konflikt zwischen der spanischen Zentralregierung und der katalanischen Regionalregierung kann es keine Gewinner geben. Der spanische Ministerpräsident Rajoy regiert mit einer Minderheitsregierung, die auf Stimmen der Regionalparteien angewiesen ist. Ein scharfer Kurs gegenüber den Katalanen könnte auch zu Verstimmungen mit anderen Regionen wie dem Baskenland führen. Rajoy wandelt auf einem schmalen Grad. Sollte er mit Polizeigewalt versuchen, das Referendum zu verhindern, könnte das zu einer Verstärkung der Separationstendenzen führen. Ein Austritt Kataloniens würde nicht nur die Wirtschafts- und Finanzkraft Spaniens empfindlich schwächen, sondern könnte auch wieder Zweifel an der Schuldentragfähigkeit des Landes aufkommen lassen. Aber auch für Katalonien wäre eine Unabhängigkeit zumindest aus wirtschaftlicher Sicht kein Gewinn. Mit dem Austritt aus dem Königreich Spanien würde Katalonien gleichzeitig auch die Europäische Union verlassen. Das bedeutet, dass die katalanischen Unternehmen keinen freien Zugang mehr zum heimischen spanischen und zum europäischen Markt hätten. Entsprechend kritisch stehen die katalanischen Firmen den Unabhängigkeitsbestrebungen gegenüber. Auch der Zugang zu europäischen Hilfs- und Fördertöpfen wäre Katalonien dann verwehrt. Verlieren könnten auch andere europäische Länder, denn nicht nur in Spanien gibt es Unabhängigkeitsbestrebungen. So könnten beispielsweise die flämischen Nationalisten in Belgien in ihrem Abspaltungswunsch beflügelt werden.

Fazit

Sollte das Referendum in Katalonien am 1. Oktober durchgeführt werden, werden zwar die Befürworter wohl eine Mehrheit erringen können. Das wird aber voraussichtlich nicht in einer Abspaltung enden, sondern dürfte der Auftakt neuer Verhandlungen über den Autonomiestatus sein. Wären diese erfolgreich, würden im Zuge einer politischen Lösung alle gewinnen. Das akute Risiko besteht in einer zunehmenden emotionalen Aufladung des Konflikts und Fehlreaktionen, die eine Verhandlungslösung erschweren oder gar unmöglich machen könnten.

Volkswirtschaft Kurzinformation. **Unabhängigkeitsreferendum Kataloniens**



Makro Research
26. September 2017

Herausgeber:

Chefvolkswirt Dr. Ulrich Kater:
DekaBank, Makro Research
Tel. (0 69) 71 47 - 28 49
E-Mail: economics@deka.de

Internet: <https://deka.de/deka-gruppe/research>

Impressum: <https://deka.de/deka-gruppe/impressum>

Rechtliche Hinweise:

Diese Darstellungen inklusive Einschätzungen wurden von der DekaBank nur zum Zwecke der Information des jeweiligen Empfängers erstellt. Die Informationen stellen weder ein Angebot, eine Einladung zur Zeichnung oder zum Erwerb von Finanzinstrumenten noch eine Empfehlung zum Erwerb dar. Die Informationen oder Dokumente sind nicht als Grundlage für irgendeine vertragliche oder anderweitige Verpflichtung gedacht. Sie ersetzen keine (Rechts- und / oder Steuer-)Beratung. Auch die Übersendung dieser Darstellungen stellt keine derartige beschriebene Beratung dar. Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Die hier abgegebenen Einschätzungen wurden nach bestem Wissen und Gewissen getroffen und stammen aus oder beruhen (teilweise) auf von uns als vertrauenswürdig erachteten, aber von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen, einschließlich der rechtlichen Ausführungen, ist ausgeschlossen. Die enthaltenen Meinungsäußerungen geben die aktuellen Einschätzungen der DekaBank zum Zeitpunkt der Erstellung wieder, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern können. Jeder Empfänger sollte eine eigene unabhängige Beurteilung, eine eigene Einschätzung und Entscheidung vornehmen. Insbesondere wird jeder Empfänger aufgefordert, eine unabhängige Prüfung vorzunehmen und/oder sich unabhängig fachlich beraten zu lassen und seine eigenen Schlussfolgerungen im Hinblick auf wirtschaftliche Vorteile und Risiken unter Berücksichtigung der rechtlichen, regulatorischen, finanziellen, steuerlichen und bilanziellen Aspekte zu ziehen. Sollten Kurse/Preise genannt sein, sind diese frei-bleibend und dienen nicht als Indikation handelbarer Kurse/Preise. **Die frühere Wertentwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.** Diese Informationen inklusive Einschätzungen dürfen weder in Auszügen noch als Ganzes ohne schriftliche Genehmigung durch die DekaBank vervielfältigt oder an andere Personen weitergegeben werden.